



Liebe Leserinnen und Leser,

ein fordernder Kommunalwahlkampf liegt hinter uns im Kreis Wesel. Das Ergebnis brachte viel Licht, aber auch einigen Schatten - so ist das bei Wahlen. Ein großes Dankeschön allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern. Sie waren, Ihr wart spitze! Herzliche Glückwünsche sende ich an dieser Stelle noch einmal an alle neu- und wiedergewählten Amts- und Mandatsträger und die vielen starken Wahlkampfteams.

Einen Wahlsieg möchte ich stellvertretend für das unterm Strich starke Abschneiden unserer CDU im Kreis aber gesondert erwähnen: Ab November wird Ingo Brohl sein Büro im Kreishaus beziehen - als unser Landrat! Nach vielen Jahren haben wir es geschafft, wieder einen christdemokratischen Landrat zu stellen, der versöhnt und nicht spaltet wie zuletzt sein Amtsvorgänger. Mit einem soliden Bündnis im Kreistag können nun viele Projekte umgesetzt werden. Lieber Ingo: Alles erdenklich Gute für Deine neuen Aufgaben!

Jetzt heißt es „zurück zur Sacharbeit“. Wir stehen als NRW-Koalition in Düsseldorf ebenfalls vor großen Herausforderungen. Wir sind in vielen wichtigen Bereichen erfolgreich dabei, das von der rot-grünen Vorgängerregierung angerichtete Chaos zu beseitigen, sei es im Bereich Innere Sicherheit, bei den Finanzen, im Bereich der Infrastruktur, in der Bildung oder bei den Kommunal финанzen – um nur einige zu nennen. Im November stehen die Haushaltsberatungen vor dem Hintergrund der Coronakrise an. Es gibt viel zu tun.

Die wichtigsten Ergebnisse der letzten Plenarwoche lesen Sie, lest Ihr in diesem Newsletter – wegen der Kommunalwahl ein kleines bisschen zeitversetzt aufgrund der großen Informationsflut vor den Sonntagen der Entscheidung. In der kommenden Woche finden zwei Sitzungstage des Landtags statt. Dazu wird es dann zeitnah weitere Informationen geben.

An dieser Stelle wünsche ich vor dem Hintergrund der Pandemie, mit der wir es nach wie vor zu tun haben, alles Gute: Bleiben Sie, bleibt Ihr gesund. Bis bald!

Ihre und Eure Charlotte Quik



Zur Landtagsdebatte um Extremismus in der Polizei: Politischer Aktionismus hilft jetzt nicht

Die Landesregierung hat den Landtag NRW über die Rechtsextremismus-Vorwürfe gegen nunmehr 30 Beamtinnen und Beamten der Polizei unterrichtet. Der Extremismusfall innerhalb des Polizeipräsidiums Essen ist beschämend für die nordrhein-westfälische Polizei. Es ist unerträglich, dass Beamtinnen und Beamten rassistische, menschenverachtende und gewaltverherrlichende Bilder digital über so lange Zeit ausgetauscht haben sollen. Wie die Akteure ideologisch derart abdriften konnten, muss jetzt lücken- und schonungslos aufgedeckt werden. Zudem muss alles getan werden, damit sie mit so einem Gedankengut nicht im Dienst bleiben.

Was uns nicht hilft, ist aber politischer Aktionismus, der wieder SPD und Grüne ergreift. Gut 24 Stunden nach der Pressekonferenz im Innenministerium warfen sie mit Forderungen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus in der Polizei nur so um sich. Zielführend sind die Vorschläge nicht, wie beispielsweise die Forderung nach anonymen Meldestellen. Wir dürfen doch gerade von Polizistinnen und Polizisten, die täglich Recht und Gesetz verteidigen, den Mut erwarten, das auch in den eigenen Reihen zu tun. Wer, wenn nicht sie, sollte aufstehen gegen Menschenverachtung und Diskriminierung? Diese Kultur des Mutes und der Verantwortung müssen wir in Nordrhein-Westfalen stärken und erwarten das auch von jeder einzelnen Führungskraft in allen Polizeibehörden.



Die NRW-Koalition und die Landesregierung sind sich bewusst, dass es Fälle von Rechtsextremismus in der Polizei gibt und dass sie dort besonders fatal sind. Deshalb haben wir einen Polizeibeauftragten und Extremismusbeauftragte eingesetzt und einen Wertediskurs angestoßen. Dazu kommt jetzt noch ein Rassismus-Sonderbeauftragter, der zukünftig ein Lagebild für rechtsextreme Tendenzen in der Polizei erstellen soll.

Aber: Hinzuschauen, wenn es Fälle von Extremismus auch in der Polizei gibt, und strikt dagegen vorzugehen, ist eine Frage der Ehrlichkeit und geboten in einem Rechtsstaat. Dass die Grünen aber wieder behaupten, dieser Rassismus sei strukturell in der Polizei verwurzelt, gehört sich in einem Rechtsstaat absolut nicht. Die SPD im Landtag entwickelt sich darüber hinaus immer mehr zum miesgelaunten „Dauernörgler“ ohne sinnvolle Ideen.

Die Polizei im Kreis Wesel benötigt mehr Personal: Seit 2017 wird deutlich mehr ausgebildet, um Versäumnisse der Vergangenheit auszugleichen

Die Gewerkschaft der Polizei im Kreis Wesel hat vor der Kommunalwahl Forderungen nach mehr Personal gestellt. Dazu haben Ingo Brohl und ich erklärt: „Die Polizei im Kreis Wesel benötigt mehr Personal. Die derzeit angespannte Personaldecke der Polizei auch hier im Kreis Wesel ist zu einem großen Teil einer verfehlten Politik in der Vergangenheit geschuldet.“

Zunächst meine Einschätzung: „Der Vorgängerregierung aus SPD und Grünen war lange bekannt, dass die Pensionierungszahlen weit aus höher als die Einstellungszahlen sein werden. Bewegung in Einstellungspolitik, in Investitionen und in Gesetzesänderungen kam erst nach der Regierungsübernahme 2017 und durch den engagierten Innenminister Herbert Reul. Die Einstellungszahlen sprechen eine deutliche Sprache. Unter Rot-Grün waren es 2012 nur 1400 Kommissaranwärterinnen und -anwärter, 2014 nur 1500 und 2016 schließlich 1900. Die NRW-Koalition hielt und hält ihren versprochenen Kurs, bildet seit 2017 bis zur Kapazitätsgrenze aus und erhöht stets die Einstellungszahlen, um das Versäumte schnellstmöglich aufzuholen.“

2017 und 2018 wurden 2300 Kommissaranwärterinnen und -anwärter eingestellt, 2019 und 2020 sogar 2500. Das ist Rekord. Aber eine Polizeiausbildung dauert drei Jahre. Die ersten Absolventen

sind in diesen Tagen erst verfügbar.“

Ingo Brohl brachte weitere Gründe an: „Natürlich spürt unser Flächenkreis auch die Auswirkungen des hohen Personalbedarfs, der durch die überfällige Bekämpfung der Clan-Kriminalität oder auch durch die Aufklärung von Kindesmissbrauch entsteht. Auch wenn ich dieses Wort ungern benutze, aber der Personalbedarf in dem Bereich ist alternativlos und deshalb auch vom Kreis Wesel mitzutragen. Deshalb ist es gut, dass landesweit 500 Polizeiverwaltungsassistentinnen und –assistenten jährlich zusätzlich eingestellt werden, um insgesamt für ein bisschen Entlastung zu sorgen. Davon sind im Betrachtungszeitraum 30 Stellen in den Kreis Wesel gegangen. Persönlich halte ich auch den Schritt für richtig, dass ein Realschulabschluss wieder für den Einstieg in eine berufliche Karriere bei der Polizei ausreicht.“

Rund um diese Diskussion habe ich gerne noch einmal die große Linie der CDU-geführten Landesregierung im Bereich Innere Sicherheit: „Bei Regierungsantritt war das Versprechen der neuen Landesregierung, dieses Land sicherer zu machen. Mit der Null-Toleranz-Politik der NRW-Koalition, einer besseren Ausstattung der Polizei und der massiven Einstellungspolitik wird daran intensiv gearbeitet. Die Zahl der Straftaten in unserem Land

ist seit Regierungsübernahme auf dem niedrigsten Stand seit 30 Jahren. Durch die Maßnahmen der NRW-Koalition – auch vor dem Hintergrund der geänderten Gesetzeslage – können die Menschen sich in Nordrhein-Westfalen sicher fühlen. Die NRW-Landesregierung wird auch im Haushalt 2021 massiv in die Innere Sicherheit investieren, um das Versäumte aufzuholen.“

Dass gerade die SPD die amtierende Landesregierung und einzelne Abgeordnete mit kleinkarierten Zahlenspielen kritisiert, ist völlig fehl am Platze. Die SPD in NRW hat beim Thema Innere Sicherheit spätestens seit der Kölner Silvesternacht jegliche Glaubwürdigkeit verspielt. Der scheidende Landrat Ansgar Müller als derzeit noch ‚Top-Genosse‘ im Kreis bezeichnet die Polizei im Kreis Wesel als ‚Bewaffnete Macht im Staat‘. Die Bundesvorsitzende der SPD Saskia Esken nutzt jede Gelegenheit, um gegen die Polizei zu wettern. Und der SPD-Landtagsabgeordnete René Schneider versucht wieder einmal, wie bei vielen anderen Themen auch, medienwirksam die Auswirkungen zu kritisieren, die er als Mitglied der regierungstragenden Fraktionen der Vorgängerregierung persönlich mitverantworten hat. Herr Schneider versucht – anstatt betreten zu schweigen – erneut in der für ihn typischen Weise die Fehler, die er jahrelang in Düsseldorf verzapft hat, anderen in die Schule zu schieben, die seinen Scherbenhaufen mühevoll zusammenkehren.“

Hotel und Gastronomie mit innovativen Ideen unterstützen

Auf Antrag von CDU und FDP hat der Landtag Nordrhein-Westfalen über die Situation der Gastronomie unter Corona-Bedingungen debattiert. Zu den von der Corona-Pandemie am stärksten betroffenen Branchen zählen Gastronomie, Hotellerie und die Veranstaltungsbranche. Daran hängen in Nordrhein-Westfalen zehntausende Existenzen, angefangen beim Wirt über die Köche und Kellner, Caterer bis hin zu den Licht- und Tontechnikern sowie Künstlern. Die Situation wird sich in den kommenden Herbst- und Wintermonaten absehbar verschärfen. Es braucht jetzt Konzepte für geschlossene Räume. Innovationen und technische Lösungen sind der Schlüssel, damit Menschen auch in der Gastronomie sicher zusammenkommen können. TÜV Rheinland und DEHOGA Nordrhein haben ein breit angelegtes Programm zur Qualitätssicherung für zusätzliche Hygiene- und Infektionsschutzmaßnahmen im Hotel- und Gaststättengewerbe angekündigt. Mit dieser freiwilligen Zertifizierung unterziehen sich Gastronomen einer scharfen Kontrolle des TÜV und geben den Gästen und Kunden damit Sicherheit.

An innovativen Ideen ist in Nordrhein-Westfalen kein Mangel, ganz im Gegenteil. Es ist ein starkes Signal, dass viele Unternehmen und Wissenschaftler gerade aus NRW die betroffenen Branchen unterstützen und Lösungskonzepte entwickeln. Sollten beispielsweise neue mobile oder fest in den Lüftungssystemen installierte Filteranlagen den gewünschten Erfolg erzielen, könnten davon auch Schulen, Kitas, Behörden, der stationäre

Einzelhandel und Veranstaltungshallen profitieren. Das würde den Menschen wieder ein Stück mehr Normalität geben. Wir als Politik müssen diese neuen Ideen begleiten, fördern und sie in den Bestimmungen unbürokratisch, rechtssicher und flexibel umsetzen. Deshalb ist die Einführung der Innovationsklausel in

die Coronaschutzverordnung ein wichtiges Signal, das deutlich macht, wie sehr sich diese Landesregierung und die NRW-Koalition aus CDU und FDP dafür einsetzen, die betroffenen Branchen zu stärken und zu unterstützen.



Krankenhäuser im Kreis Wesel erhalten über 17 Millionen Euro aus Sonderinvestitionsprogramm der Landesregierung

Aus einem Sonderinvestitionsprogramm der Landesregierung entfallen 750 Millionen Euro auf die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen. Über 17 Millionen Euro fließen in Kliniken im Kreis Wesel. Wer ins Krankenhaus muss, der soll die bestmögliche Versorgung bekommen. Dazu gehören Ärzte, die ihre Expertise einbringen, gut ausgebildetes Pflegepersonal, aber eben auch, dass die Krankenhäuser die richtige Technik anschaffen, ihre Gebäude instand halten und modernisieren können. Ich freue mich, dass wir hier im Kreis Wesel vom Förderprogramm des Landes profitieren können. Unsere Krankenhäuser im Kreis Wesel bekommen insgesamt über 17,5 Millionen Euro. Mit dem Geld wollen wir dazu beitragen, den jahrelangen Investitionsstau der rot-grünen Vorgängerregierung im Krankenhausbereich aufzulösen. Das bedeutet: Die Kliniken haben endlich die Möglichkeit, Sanierungen und Modernisie-

rungen vorzunehmen. Letztlich kommt das uns allen, also den Patientinnen und Patienten, zugute.

Damit hält die NRW-Koalition ein weiteres Versprechen aus dem Koalitionsvertrag. Wir sind angetreten für eine nachhaltige und flächendeckende medizinische Versorgung der Menschen hier in Nordrhein-Westfalen.“

Hintergrund:

Mit einem Sonderinvestitionsprogramm stellt die Landesregierung zusätzlich eine Milliarde Euro für Krankenhäuser und Pflegeschulen zur Verfügung. Davon entfallen 750 Millionen Euro auf die Krankenhäuser.

Die über 17,5 Millionen Euro verteilen sich wie folgt:

St. Vinzenz-Hospital Dinslaken:

2.572.495 Euro

St. Bernhard-Hospital Kamp-Lintfort:

2.404.863 Euro

St. Josef-Krankenhaus Moers:

3.093.810 Euro

Krankenhaus Bethanien Moers:

3.647.796 Euro

Marien-Hospital Wesel:

2.727.566 Euro

Ev. Krankenhaus Wesel:

2.214.616 Euro

St. Josef-Hospital Xanten:

863.588 Euro



AUS DER LANDESREGIERUNG:

Ministerpräsident Laschet: Wir verschaffen den Kommunen neue Handlungsspielräume

Die Landesregierung begrüßt die am 18. September 2020 im Bundesrat und tags zuvor im Bundestag beschlossene strukturelle und dauerhafte finanzielle Entlastung der Kommunen. Die Länder und der Bund beteiligen sich jeweils zur Hälfte an einer pauschalierten Kompensation der Corona-bedingten Gewerbesteuererlösaufschläge der Kommunen in diesem Jahr. Die nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden erhalten dadurch nach derzeitigem Stand 2,72 Milliarden Euro. Zudem stärkt der Bund die Kommunen in Nordrhein-Westfalen dauerhaft mit rund einer Milliarde Euro pro Jahr, indem er weitere 25 Prozent und insgesamt bis zu 74 Prozent der Kosten für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende übernimmt.

Ministerpräsident Armin Laschet: „Die Entscheidung des Bundesrates ist der Abschluss eines historischen Investitionspakets zugunsten der Kommunen. Mit der Entscheidung, einen erheblich größeren Anteil der Kosten der Unterkunft zu übernehmen, ist der Bund einer Forderung der Landesregierung gefolgt, für die wir in Berlin hart und lange gekämpft haben:

Die kommunale Familie in Nordrhein-Westfalen wird strukturell und dauerhaft um rund eine Milliarde Euro pro Jahr entlastet. Außerdem werden die infolge der Corona-Pandemie zu erwartenden Gewerbesteuererlösaufschläge pauschaliert aus diesem



Jahr übernommen. Wir verschaffen den Kommunen durch diese Entlastungen neue Handlungsspielräume.“

Kommunalministerin Ina Scharrenbach: „Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Entscheidungen: Mit dem Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen und weiterer Finanzentlastungen durch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen werden die Kom-

munen in diesem Jahr in Summe mehr als vier Milliarden Euro zusätzlich erhalten. Mit diesen Entscheidungen gehen wir mit Mut in die Zukunft: Für die Bürgerinnen und Bürger und unsere Kommunen in Nordrhein-Westfalen.“

Vorbehaltlich der Beratungen und der Entscheidung des Landtags beabsichtigt die Landesregierung die Auszahlung des Geldes an die Kommunen noch in diesem Jahr.

AUS DER LANDESREGIERUNG:

Ministerin Heinen-Esser:

Das Maßnahmenpaket intelligente Flächennutzung wird dazu beitragen, den Flächenverbrauch weiter zu senken

Mit einem Maßnahmenpaket zur intelligenten und effizienten Flächenentwicklung will die Landesregierung den Flächenverbrauch weiter eindämmen. Bausteine sind unter anderem die Entwicklung eines Brachflächenkatasters oder eines Flächenzertifikathandels unter Kommunen. „Fläche ist endlich. Unterschiedliche Ansprüche führen zu Nutzungs-

konflikten und lassen die natürliche Ressource Boden immer knapper werden. Das Maßnahmenpaket zur intelligenten und effizienten Flächennutzung wird dazu beitragen, den Flächenverbrauch in Nordrhein-Westfalen weiter zu senken“, sagte Umweltministerin Ursula Heinen-Esser zu dem vom Kabinetts beschlossenen Maßnahmenpaket.



Sieben Millionen Euro zusätzlich für Flächenrecycling

Ein konkretes Ziel ist die verstärkte Aufbereitung von Brachflächen für die Ansiedlung von Unternehmen oder neuer Wohngebiete. Aus dem Konjunkturprogramm zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit Nordrhein-Westfalens wurden dem AAV - Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung zusätzlich sieben Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Zum Flächenrecycling informierte sich Ministerin Heinen-Esser in Solingen am Beispiel der Aufbereitung und Sanierung des Geländes der ehemaligen Schneidwarenfabrik Rasspe.

Bis Anfang 2021 soll die Fläche aufbereitet, rund 150.000 Quadratmeter umbauter Raum zurück-

gebaut und der Boden saniert werden. „Hier entsteht eine attraktive neue Gewerbefläche. Bevor wir neue Flächen erschließen, müssen wir erst einmal die Optionen im Bestand identifizieren und ausschöpfen. Von gestern sind

große eingeschossige Hallen auf der grünen Wiese mit riesigen Parkplätzen davor. Zukunft ist, wer das Parkhaus darunter baut, Dächer und Fassaden begrünt oder sie zusätzlich mit Photovoltaik nutzt“, so die Umweltministerin.



AUS DER LANDESREGIERUNG:

Fünf Millionen Euro für Grüne Infrastruktur

Zum Ausbau der Grünen Infrastruktur hat die Landesregierung im November 2019 die Umsetzung der Projekte „Offensive Grüne Infrastruktur 2030“ und „Klimaresiliente Region mit internationaler Strahlkraft“ im Rahmen der

Ruhr-Konferenz beschlossen. Um die Bedeutung natürlicher und naturnaher Flächen herauszustellen, zu schützen und zu entwickeln, soll ein Gesamtkonzept zur Grünen Infrastruktur erarbeitet werden. Zudem sollen zusätzlich

fünf Millionen Euro aus Mitteln des Konjunkturprogramms in die Förderung von Projekten der grünen Infrastruktur fließen. Ziel ist es, landesweit ein durchgängiges Netz aus Grün- und Freiräumen zu schaffen.

Schutz der Natur und der Landwirtschaft

Unbebaute, unbesiedelte und unzerschnittene Flächen sind wichtige Lebensräume für Pflanzen und Tiere. Auch für die Landwirtschaft ist der Boden der zentrale Produktionsfaktor. „Allerdings treiben die Konkurrenzen auf dem Grundstücksmarkt die Preise für landwirtschaftlich genutzte Flächen in einigen Regionen Nordrhein-Westfalens in unverschämte Höhen. Hier müssen wir gegensteuern, um dem Flächenverbrauch zum Schutz der Natur und im Interesse der Landwirtschaft entgegen zu wirken“, so die Umweltministerin.



Ressortübergreifendes Maßnahmenpaket

Das neue Maßnahmenpaket wurde unter Federführung des Umweltministeriums ressortübergreifend erarbeitet. Es baut auf bereits bestehenden Programmen wie etwa der

Landesinitiative „Bau.Land.Leben“, flächensparenden Kompensationskonzepten im Straßenbau oder Programmen zur Aufwertung von Dorfkernen auf. Eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe wird die Umsetzung der Maßnah-

men in jeweiliger Ressorthoheit begleiten und evaluieren. Außerdem sollen betroffene Verbände (Kommunale Spitzenverbände, Landwirtschaft, Wirtschaft und Naturschutz etc.) sowie der Landtag einbezogen werden.

AUS DER LANDESREGIERUNG:**Zwei Handballfelder pro Einwohner**

Auch wenn im bundesweiten Vergleich die Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV-Fläche) in der Pro-Kopf-Betrachtung gering ist: Als großes Industrieland und als bevölkerungsreichstes Bundesland ist der Druck auf die Fläche in Nordrhein-Westfalen besonders groß. Nutzungsansprüche gehen überwiegend zu Lasten

landwirtschaftlicher Fläche. Aktuell bestehen 74,6 Prozent der Landesfläche aus Vegetationsflächen und 23,6 Prozent aus Siedlungs- und Verkehrsflächen (die übrigen 1,8 Prozent beinhalten Gewässer). Die landwirtschaftlichen Flächen sind statistisch der Vegetation zugeordnet und nehmen 47 Prozent der Gesamtflä-

che ein. Würde man die Fläche Nordrhein-Westfalens auf seine Einwohnerinnen und Einwohner verteilen, bliebe pro Kopf eine Fläche von rund 1900 Quadratmetern, rund ein Fünftel Hektar oder zwei Handballfelder.

TEAM QUIK:**Liebe Leserinnen und Leser,**

ich möchte mich kurz vorstellen: Mein Name ist Lukas Schulte, ich bin 31 Jahre alt und arbeite seit dem 1. August 2020 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Team von Charlotte Quik in Düsseldorf. Zusätzlich bin ich noch für die Landtagsabgeordneten Klaus Voussem und Hendrik Schmitz tätig. In Düsseldorf leite ich das Büro von Frau Quik und bin, zusammen mit meiner Kollegin Britta Rudolph, Ansprechpartner für alle im Landtagsbüro Düsseldorf anfallenden Termine und Belange und arbeite aus Sicht des Wahlkreises sozusagen „hinter den Kulissen“.

Zusammen mit meinen Eltern wohne ich in Schermbeck-Dämmerwald auf einem schönen großen alten Bauernhof, fühle mich aber ebenso in der Stadt sehr wohl. Meine Freizeit verbringe ich gerne damit, unseren großen Gemüsegarten zu bewirtschaften, Freunde zu treffen und ich habe ein Herz für die Schauspielerei.

Bei Fragen rund um die Arbeit im Landtag in Düsseldorf erreichen Sie mich unter 0211/ 884 4365 oder unter lukas.schulte@landtag.nrw.de.

Herzliche Grüße und vielleicht bis bald

Lukas Schulte



KOMMUNALWAHL 2020



KOMMUNALWAHL 2020



QUIK UNTERWEGS



Glückwunsch, lieber Ingo!



Wenn der Chef in den Kreis Wesel kommt: Bodo Löttgen, Vorsitzender unserer Landtagsfraktion, war Gast bei der Mitgliederversammlung des CDU Gemeindeverbands Sonsbeck.



Was für ein Sonntagabend im Kreishaus: Herzlichen Glückwunsch, lieber Ingo, zur gewonnenen Wahl! Ich freue mich auf eine großartige Zusammenarbeit im Sinne unserer Heimat.



Heimat in Flaschen füllen – das kann nur Wilhelm Kloppert von der Niederrheinisch-Westfälischen Braumanufaktur in Hamminkeln, den ich zusammen mit Stefanie Schulten-Borin, Ingo Brohl und Udo Bovenkerk besucht habe.

QUIK UNTERWEGS



Mit spannenden Zukunftsfragen unserer Landwirtschaft haben wir uns beim Besuch von Landwirtschaftsministerin Ursula Heinen-Esser im Haus Riswick auseinandergesetzt.



Der Bürgerschützenverein „Alter Emmelsumer“ 1868 e.V. hat in einem Festakt seine Schützenhalle in „Karl-Göllmann-Halle“ umbenannt. Eine verdiente Ehre für einen großen Friedrichsfelder!



Ein wunderbarer Anlass, bei dem einige Tränen der Freude und der Rührung geflossen sind: Die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an die Schermbeckerin Hildegard Franke werde ich immer gerne in Erinnerung halten.



Gemeinsam mit der CDU Hünxe habe ich die auch mit Landesmitteln sanierte Sporthalle in Drevenack besucht und weiter meine Unterstützung auf Landesebene zugesichert.

QUIK UNTERWEGS



Eisenbahnnostalgie pur: Rund 40.000 Euro aus Landesfördermitteln erhält der Verein Historischer Schienenverkehr Wesel, den ich zusammen mit der CDU Wesel besucht habe. Von dem Geld werden zwei Buffetwagen saniert.



Am 25. August hatten wir hohen Besuch in der Fraktionsitzung unserer Landtagsfraktion. Die NRW-Landesgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war zu Gast im Landtag und damit natürlich auch unsere Sabine Weiss. Ich habe mich darüber hinaus sehr gefreut, dass wir als Vorstand der CDU Kreis Wesel Sabine für die erneute Bundestagskandidatur nominiert haben. Never change a winning team!



IMPRESSUM

V.i.S.d.P.

Charlotte Quik MdL
 Platz des Landtags 1
 40221 Düsseldorf

Kontakt

Landtagsbüro: 0211/ 884 4365
 Wiss. Mitarbeiter Lukas Schulte
lukas.schulte@landtag.nrw.de

Wahlkreisbüro: 0281/ 4757 2835
 CDU-Kreisgeschäftsstelle
 Van-Gent-Straße 3
 46483 Wesel
 Wiss. Mitarbeiter Elmar Venohr
elmar.venohr@landtag.nrw.de